

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 156 (1990)

Heft: 6

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Österreich

Die Heeresreformkonzepte der Parteien

Die beiden grossen Parteien, die derzeit auch die Regierung stellen, Sozialistische Partei (SP) und Volkspartei (VP), haben ihre Konzepte für eine bevorstehende Heeresreform der Öffentlichkeit präsentiert. Beide Parteien gehen von der veränderten Lage in Mittel- und Osteuropa aus: «Ein Ost-West/West-Ost-Konflikt ist unwahrscheinlich geworden, die Militärpotentiale nehmen ab, und die Kriegsgefahr sinkt. Dagegen scheint die Gefahr örtlich und regional begrenzter Konflikte nach wie vor zu bestehen.» Aus dieser Analyse wird eine geänderte Anforderung an die Grösse, die organisatorische Struktur, die Ausrüstung und Bewaffnung des Heeres abgeleitet. Herausragende Elemente der Überlegungen sind die Forderung nach einer Verkürzung der Wehrdienstzeit um zwei Monate auf der einen Seite (SP), beziehungsweise das Bestreben nach einer Beibehaltung der gegenwärtigen Dauer der Grundwehrdienstzeit von etwa 1100 Stunden auf der anderen Seite (VP).

Die Vorstellungen der Sozialistischen Partei

Im Gegensatz zu gewissen Medienwünschen nach einem Berufsheer (siehe ASMZ 3/90) bekennt sich die SP zum Milizsystem und zur allgemeinen Wehrpflicht. Sie will jedoch neue Schwerpunkte für den Auftrag des Bundesheeres, wovon ihr die Ausrichtung auf internationale Friedenseinsätze sowie der Schutz der Zivilbevölkerung vor Katastrophen jeder Art wesentlich erscheint. Der zukünftige Auftrag soll primär in der Sicherung der Grenzen, der regionalen Objektsicherung sowie bei der Aufstellung von UNO-Friedenstruppen liegen. Darüber hinaus soll es stärker als bisher als «Umwelt-, Hilfs- und Katastrophenschutztruppe» eingesetzt werden.

Angepasst an diese neue Aufgabe sei eine Reduzierung der Mobilmachungstärke auf 150 000 Mann (derzeit über 200 000 Mann) möglich. Als «Grundvoraussetzung» wird eine «effiziente und miliztaugliche Bewaffnung» sowie eine moderne Ausrüstung für den

«Einsatz im Umwelt- und Katastrophenschutz» genannt.

Die Sozialisten wollen auch den Verwaltungsapparat im Verteidigungsministerium um mindestens die Hälfte abbauen, die Anzahl «höherer Kommanden» streichen sowie Spitzenfunktionen im Heer nur mehr auf Zeit vergeben. Die entscheidendste Forderung der SP geht jedoch nach einer Reduktion des Grundwehrdienstes um zwei Monate, das heisst von heute sechs auf nur noch vier Monate.

Wegen der Wehrgerechtigkeit soll eine einheitliche Dienstzeit für möglichst alle Präsenzdiener erreicht werden. Derzeit dienen 60 Prozent der Soldaten die gesamten acht Monate nacheinander, 40 Prozent leisten sechs Monate Grundwehrdienst und zwei Monate Truppenübungen binnen 15 Jahren.

Zwei weitere tiefgründige Punkte stehen im SP-Konzept: Die Auflösung der militärischen Nachrichtendienste «aus grundsätzlichen, demokratiepolitischen Überlegungen» und die Abschaffung der Zivildienstkommission.

Vehemente Reaktionen aus dem Heer

Diese für Fachleute frustrierenden Vorschläge lösten vor allem im Heer, aber auch ausserhalb heftige Reaktionen aus: Bundesminister Dr Lichal und mit ihm die gesamte Heerespitze sprachen von einer beabsichtigten «Demontage» des Heeres. Insbesondere die beabsichtigte Verkürzung der Wehrdienstzeit wird entschieden abgelehnt: «Wie soll durch eine Verkürzung der Ausbildungszeit eine Verbesserung des Ausbildungsstandes und damit der Einsatzeffizienz erreicht werden?»

Die Vorschläge der Volkspartei

Auch die VP meint, dass es die internationale Situation erlaube, von dem Mobilmachungsumfang des Heeres von 300 000 Mann abzugehen. Die derzeit vorhandenen, total 200 000 Mann der Bereitschaftstruppe und des Milizheeres sollen ausreichen. Dies genüge zur Sicherung der Neutralität und für allfällige Sicherheitseinsätze an der Grenze. Neue Aufgabenstellungen würden sich für das Heer aus

dem «internationalen Katastrophenhilfe- und Sicherheitseinsatz» ergeben. Dafür müssten entsprechende Einheiten ausgebildet und bereitgestellt werden.

Auch die VP ist wegen der Wehrgerechtigkeit für eine gleiche Struktur des Wehrdienstes (Grundwehrdienst/Truppenübungen) für alle Soldaten im Milizheer oder in der Bereitschaftstruppe.

Zur Wehrdienstzeit meint das Reformpapier, dass man von der derzeit gegebenen Ausbildungszeit von etwa 1000 bis 1100 Stunden Grundwehrdienst (45 Stunden je Woche) plus acht Wochen Truppenübungen aus sachlichen Gründen nicht abgehen könne.

Ein weiteres Schwerpunktprogramm sieht man bei der gesamten Heeresstruktur. In der Zentralstelle sollen Gruppen und Abteilungen aufgelöst, beziehungsweise zusammengelegt und Aufgaben nach unten delegiert werden, um die Bürokratie abzubauen. Bisherige Doppelgleisigkeiten sollen vermieden und dazu eine einheitliche militärische Führungsebene eingeschoben werden: Ein Leitungsstab des Bundesministers unter Führung des Generaltruppeninspektors. Dem Bundesministerium sollen ein Armeekommando (bisher ein Teil der Zentralstelle) und ein Kommando Fliegerkräfte (bisher verteilt in der Zentralstelle und in der Fliegerdivision) nachgeordnet werden. Die zwei Korpskommanden sollen ersatzlos gestrichen und dafür die vorhandenen neun Militärkommanden (eines je Bundesland) kompetenzmässig und personell verstärkt werden. Diese sollen ihrer territorialen und taktischen Bedeutung entsprechend die alleinigen Träger der territorialen und befehlsbereichbezogenen Verantwortung sein.

Im Gegensatz zur SP legten sich die VP-Heeresreformer bei der Bewaffnung und Ausrüstung des Heeres fest: «Die Ausrüstung muss Milizheer und Bereitschaftstruppe ermöglichen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Dazu bedarf es einer verbesserten Ausrüstung für den einzelnen Soldaten (Kampfhelm, Splitterschutzweste, Schlafsack usw.) sowie leistungsfähige Waffensysteme.

Auch beim Zivildienst ist die VP anderer Meinung als die SP: «Der Zivildienst muss Wehrersatzdienst bleiben, weil

er sonst im Widerspruch zum Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht und zum Milizsystem steht.»

Verhandlungen

Seit Mitte März verhandelt eine Kommission, die aus Vertretern der beiden Regierungsparteien gebildet wurde, über die Vorschläge zur Heeresreform. Die Volkspartei will sobald als möglich auch die Freiheitliche Partei in diese Gespräche einbinden. Von dieser ist zu hören, dass sie einer Wehrdienstzeitverkürzung, wie sie die Sozialisten wollen, nicht zustimmen wird. Aber auch die VP stellte unmissverständlich klar: Wenn man nicht bereit ist, ein Milizsystem mit seinen Mindestanforderungen zu erfüllen, dann werde man die einzige sinnvolle Alternative, nämlich ein Kaderheer, anstreben und noch vor der Wahl am 7. Oktober das Volk befragen.

Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, ob sich die staatstragenden Parteien in Österreich auf eine konstruktive und sinnvolle Reform des Bundesheeres einigen werden.

TPM

Umfrage ergibt: Mehrheit für Heer und Umweltengagement

Die Mehrheit der Österreicher bekennt sich zur allgemeinen Wehrpflicht und zum Milizheer. Ein vermehrtes Umweltengagement des Bundesheeres wird von einer grossen Mehrheit für wichtig und vorrangig gehalten. Das von den Österreichern gewünschte Thema für eine Heeresreform heisst nicht Verkürzung der Dienstzeit – wie es die Sozialistische Partei verlangt – sondern Reform der Aufgaben und des Dienstbetriebes. Das sind die Ergebnisse einer Repräsentativumfrage eines Marktforschungsinstitutes aus dem Erhebungszeitraum März 1990.

Ganz eindeutig bekennt sich das österreichische Volk zur allgemeinen Wehrpflicht und damit auch zum Milizheer. 52 Prozent der Befragten haben sich dafür ausgesprochen, 32 Prozent bevorzugen ein Berufsheer und nur 12 Prozent meinten, dass man überhaupt kein Heer brauche. Bei diesen Feststellungen ist bemerkenswert, dass ganz offensichtlich das Grundprinzip des Milizheeres eine hohe Akzeptanz hat. Der überwiegende Teil der

Befragten hat sich nämlich für eine kurze Grundausbildung, jedoch mit anschließenden Wiederholungsübungen ausgesprochen.

Angesichts der seit Monaten laufenden Diskussion über eine Bundesheer-Reform war auch interessant zu erfahren, welche Erwartungen die Bevölkerung an eine Heeresänderung stellt. Das Ergebnis zeigte verblüffend klare Schwerpunkte. In erster Linie erwarten drei Viertel der Menschen, dass Umwelt- und Naturschutz als neue Zusatzaufgabe des Bundesheeres eingeführt wird. Erst danach rangiert die Forderung nach einer strengeren Auslese und besseren Ausbildung des Kaderpersonals. Auch in einer effizienteren Durchführung der Grundausbildung wird ein wichtiger Reformansatz gesehen. Danach folgen in den Wünschen für eine Verbesserung: Eine Verwaltungsreform und die Sanierung der alten Kasernen. Besonders bemerkenswert ist, dass man durchaus bereit wäre, dem Heer auch

mehr finanzielle Mittel zu geben. Dies allerdings erst dann, wenn diese Reformen, insbesondere das Engagement für Umweltschutz, realisiert sind.

Auch die Meinung zur diskutierten und von Fachleuten eindeutig abgelehnten Wehrdienstzeitverkürzung wurde erhoben. Dabei sprachen sich nur 7 Prozent der Befragten für einen kürzeren und 10 Prozent für einen verlängerten Wehrdienst aus. Der Rest aber, also rund 83 Prozent, wollte die jetzige Form beibehalten oder hatte keine Meinung dazu.

Zusammenfassend stellt die Studie fest: «Eindeutig hat sich die österreichische Bevölkerung für ein Milizheer ausgesprochen, das allerdings aufgrund des veränderten Bedrohungsbildes eine ganz wichtige Aufgabe im Bereich der Umweltsanierung übernehmen soll. Das von den Österreichern erwünschte Reformthema heisst nicht Verkürzung der Dienstzeit, sondern Reform der Aufgaben und des Dienstbetriebes.» TPM

Bundesrepublik Deutschland

Zur Bundeswehrplanung

Im Verteidigungsausschuss des Bundestages hat die Führung des Verteidigungsministeriums kürzlich die groben neuen Strukturen skizziert, die aus der sich abzeichnenden Verkleinerung der deutschen Bundeswehr resultieren:

Teile der Bundeswehr würden sich ab Mitte der neunziger Jahre mehr und mehr von einer Präsenzarmee in eine Mobilmachungs- und Ausbildungsarmee wandeln. Davon werde besonders das Heer betroffen sein. Auch Reservisten müssten in Zukunft vermehrt modernste Waffensysteme führen und

bedienen. Die laufenden Entwicklungen erzwingen auch aus materiellen Gründen die Reduzierung der Zahl von Truppenverbänden, Luftwaffengeschwadern und Marineeinheiten.

Angesichts dramatisch wachsender Bedeutung von Aufklärung, Führung und Nachrichtengewinnung liege diese Aufgabe an der Spitze der Rangfolge. Eine ähnlich hohe Priorität hätten die sogenannten Kräfte für Anfangsoperationen. Ihre Aufgabe ist die Abwehr von gegnerischen Durchbruchkräften, was nur mit hochmobilen taktischen und auch operativen Kräften möglich sei. hg

Finnland

Zur Neuorganisation der finnischen Landstreitkräfte

Im vergangenen Jahr hat das finnische Verteidigungsministerium Grundzüge einer neuen Einsatzorganisation für seine Streitkräfte veröffentlicht (siehe auch ASMZ Nr. 10/1989). Veränderungen gibt es

vor allem bei den Landstreitkräften. Von insgesamt sieben Wehrebereichen sollen in Zukunft nur noch drei bestehen bleiben. Darüber hinaus werden die bisher bekannten 23 Militärbezirke auf nur noch 13 reduziert. Diese decken sich dann mit den bestehenden zivilen Verwaltungsbehörden.

Die Masse der finnischen

Pzaw-Gruppe einer finnischen Jägerbrigade mit Spz XA-180 Pasi.



Landstreitkräfte wird neu aus 11 modern ausgerüsteten Jägerbrigaden bestehen. Dazu kommen die 14 Infanteriebrigaden, die mit älterem Material ausgerüstet sind. Zudem besteht im Unterschied zu unseren Angaben (Nr. 10/1989) im finnischen Heer nur eine Panzerbrigade, die in Parolanummi, im Süden Finnlands, stationiert ist. Im Ernstfalle, so wird aber von finnischer Seite betont, soll eine zweite, gleich gegliederte und ausgerüstete Panzerbrigade aufgestellt werden.

Die 11 neuen Jägerbrigaden sind unterschiedlich ausgerüstet:

– Im nördlichen Landesteil werden die leichten Kettentransportfahrzeuge vom Typ Sisu NA-140 verwendet.

– Einige Brigaden sind mit den aus sowjetischer Produktion stammenden Raupenschützenpanzern MT-LB ausgerüstet.

– Der Grossteil dieser Verbände soll aber allmählich Radschützenpanzer Sisu XA-180, aus finnischer Eigenproduktion, erhalten.

Je nach Fahrzeugtyp sind daher in einer Brigade zwischen 259 und 305 Schützenpanzer respektive Kettentransportfahrzeuge vorhanden.

Mit der Verwirklichung dieser Umstrukturierung, verbunden mit der teilweisen Beschaffung neuer Fahrzeuge und Bewaffnung, wird die Beweglichkeit und auch Feuerkraft der finnischen Landstreitkräfte merklich gesteigert. hg

USA

Verlegung von US-Flugzeugen aus Spanien

Die gemischte amerikanische Verteidigungskommission hat 360 Millionen Dollar für die Verlegung der F-16 der 401. TFW (Tactical Fighter Wing) vom spanischen Stützpunkt Torrejon nach der süditalienischen Luftbasis Crotona bewilligt. Der Umzug soll vor 1992 beendet sein. Möglicherweise wird die Verlegung jetzt aber durch Rüstungsbeschränkungsmaßnahmen annulliert.

Bt

«Intelligente Minen» für die US-Army

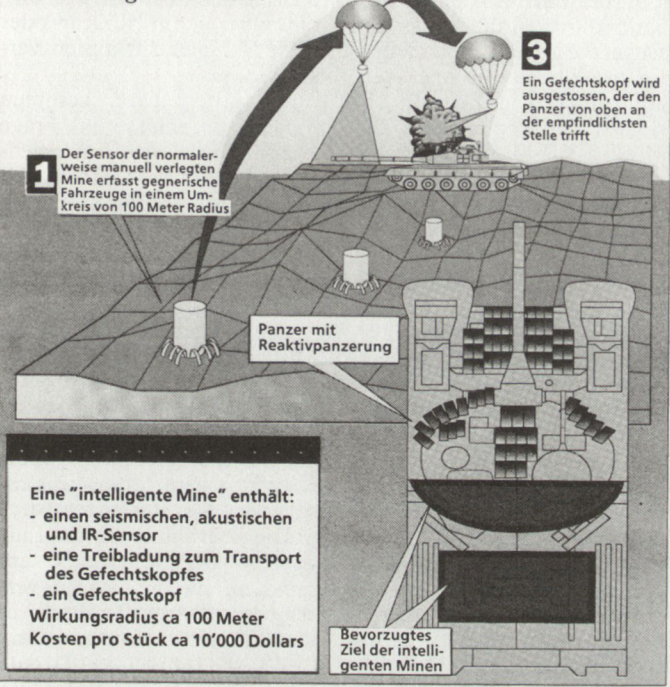
Die US-Army wird in den nächsten Jahren für ihre Truppen Panzerminen der 3. Generation (auch intelligente Minen genannt) im Gesamtwerte von 1,2 Milliarden US-Dollar beschaffen.

Panzerminen der 3. Generation sind Teil der sogenannten

«Intelligenten Munition». Die Funktionsweise ist wie folgt: Die in einen Raum eindringenden gegnerischen Kampffahrzeuge werden durch einen seismischen Detektor erfasst, dieser aktiviert einen akustischen Sensor, der laufend die Richtung des feindlichen Fahrzeuges verfolgt. Je nach Wirkprinzip wird ein in den Wirkungsbereich der Mine eingedrungenes Kampffahrzeug entweder seitlich im direkten Schuss bekämpft, oder aber nach Zünden einer Treibladung wird die Gefechtsladung in die Luft über den Panzer katapultiert. Im sogenannten «Top-Attack-Verfahren» soll anschliessend die Gefechtsladung der Mine das gegnerische Fahrzeug von oben – an der nur schlecht gepanzerten Seite – durchschlagen.

Allerdings kommen solche «intelligenten Minen», die mit äusserst komplizierten Sensorsystemen ausgerüstet sind, sehr teuer zu stehen. Gemäss heutigen Berechnungen ist der Preis einer solchen Mine mit dem

Funktionsprinzip der «Intelligenten Mine»



oder Hobbyspringer, die sich alle freiwillig zu diesem Dienst gemeldet haben. Bei der Ausbildung wird vor allem Gewicht auf die körperliche Leistungsfähigkeit und die men-

talte Verfassung der Männer und Frauen gelegt. Es wird auch alles unternommen, um das Elite-Bewusstsein bei den Angehörigen dieses Verbandes zu pflegen. Bt

International

Blendlaser – eine ernst zu nehmende neue Waffe?

Seit Jahren werden Laser im militärischen Bereich in zunehmendem Masse für die verschiedensten Funktionen (Ziel- und Richtgeräte, Ausbildungssimulatoren usw.) eingesetzt. Nachdem in letzter Zeit vermehrt Unfälle, insbesondere das Verursachen von Augenschäden durch Laser, vorgekommen sind, wird in verschiedenen Ländern intensiv an entsprechenden Schutzmassnahmen gearbeitet.

Bereits während des Falkland-Krieges im Jahre 1982 soll die Royal Navy mittels Laser argentinische Piloten geblendet und verschiedene Kampfflugzeuge dadurch zum Absturz gebracht haben.

Laser als Blendwaffe und zur Unbrauchbarmachung von gegnerischen Sensoren sind eine technologische Möglichkeit, die das Bedrohungsbild wesentlich beeinflussen kann. In letzter Zeit wird denn auch über entsprechende Entwicklungen berichtet: Die US Army hat gegenwärtig zwei tragbare Lasergeräte (Laser-gewehre), die für Blendzwecke verwendet werden sollen, in Truppenerprobung. Allerdings soll wegen der relativ schwachen Energiequelle die maximale Einsatzdistanz bei nur 1000 m liegen.

Das Bekanntwerden verschiedener Zwischenfälle, bei denen offensichtlich Laser absichtlich oder zufällig als Blendmittel gegen gegnerische Truppen eingesetzt wurden, zeigen die Gefährlichkeit dieser neuen Waffe auf.

Im letzten Jahr soll eine US-Flugzeugbesatzung im Pazifik, von sowjetischen Kriegsschiffen aus, durch Laser gefährdet worden sein.

Ausgedehnte Versuche mit einer geheimen Laserkanone, die für den Einbau in Kampfpanzern vorgesehen ist, sollen in der britischen Armee im Gange sein. Damit sollen gegnerische Panzerbesatzungen,



Mögliche Wirkung einer Laserkanone: Der auf die Periskope gerichtete Laserstrahl blendet die Besatzung und setzt sie ausser Gefecht. Aus der britischen Zeitung «Sunday Telegraph».

einer Panzerabwehr-Lenkwanne 2. Generation (z. B. Dragon) gleichzusetzen.

Gemäss Aussagen der US-Army sollen vorerst von dieser modernen Minenkategorie nur manuell zu verlegende Typen beschafft werden. Später soll auch die Beschaffung von intelligenten Versionen für den Einsatz ab Lastwagen, Helikoptern usw. vorgesehen sein.

U.a. wird betont, dass es sich hier um das einzige für die neunziger Jahre vorgesehene Minenprojekt der US Army handle. hg

Die 82. Luftlandedivision «All Americans»

Bei der amerikanischen 82. «Airborne Division» mit Standort in Fort Bragg handelt es sich um eine sogenannte «Notfall-Division» der US-Army. Sie muss jederzeit, das heisst ohne Vorwarnung innerhalb 18 Stunden irgendwo auf der Welt eingesetzt werden können. So waren beispielsweise an der US-Intervention in Panama, kurz vor Weihnachten des letzten Jahres, vor allem auch Truppen dieser Division beteiligt.

Dies bedeutet, dass dieser Truppenverband für alle Arten von Konflikten, für verschiedenste Klimazonen und auch Umweltverhältnisse ausgerüstet und ausgebildet sein muss. Bei der 82. Division handelt es

sich um den grössten lufttransportierten Verband der westlichen Welt. Interessant ist, dass sich etwa 30 Prozent des Gesamtbestandes von rund 14 000 Soldaten aus Frauen rekrutieren. Diese werden zwar normalerweise nicht im Gefecht eingesetzt, aber ein Grossteil der weiblichen Soldaten ist dafür ausgebildet, um notfalls auch am Fallschirm im Einsatzgebiet abgesetzt zu werden. Die 82. «Airborne Division» umfasst 3 Luftlandebrigaden, eine Artillerie- und eine Heeresfliegerbrigade. Dazu kommen umfangreiche logistische Einheiten.

Um verschiedenen Bedrohungsformen begegnen zu können, werden unterschiedliche Einsatzstärken gebildet: Auf Stufe Luftlandebrigade die «DRB» (Division Ready Brigade) mit 3 Fallschirmjägerbataillonen sowie einer Artillerieabteilung und weiteren Unterstützungselementen. Einen etwas reduzierten Umfang weist die schnellere «DRF» (Division Ready Force) auf: 3-4 Fallschirmjägerkompanien und eine Artilleriebatterie sowie benötigte Unterstützungselemente.

Der für strategische Interventionen vorgesehene Verband wird vor allem für Nacheinsätze ausgebildet. Etwa 90 Prozent der Trainingseinsätze und -absprünge werden in der Nacht durchgeführt. Rückgrat der Fallschirmjäger-einheiten bilden die Berufs-

die durch Periskope oder andere Optiken blicken, geblendet und ausser Gefecht gesetzt werden. Es muss angenommen werden, dass diese technische Entwicklung nicht zuletzt deshalb vorangetrieben wird, um die momentanen Schwierigkeiten bei der Panzerabwehr (durch den verbesserten Panzerschutz) zu überwinden.

Welche Bedrohung von dieser neuen Waffe ausgeht, wird daraus ersichtlich, dass die US-Armee bereits 2 Milliarden US-Dollar für Schutzmassnahmen gegen solche Laser, wie Schutzbrillen und spezielle Periskope, aufwendet (vergleiche ASMZ Nr. 11/1989, S. 766).

Dies trotz der relativ schlechten Wirkung solcher Massnahmen und Einrichtungen. Blendlaser können mit verschiedenen Frequenzen arbeiten, die jede für sich einen Schutzfilter erforderlich macht, der seinerseits die Optik verschlechtert. Schutzbrillen erschweren zudem den Einsatz der so geschützten Piloten und Panzerbesatzungen beträchtlich.

Auch die Geheimhaltung, mit der sowohl US- wie britische Kreise technische Daten und Resultate schützen, macht deutlich, dass es sich hier um eine signifikante technologische Entwicklung handelt. hg

Sowjetunion

Lieferung von MiG-29 an Kuba

Gemäss Angaben des US State Departments ist kürzlich mit der Ablieferung sowjetischer Kampfflugzeuge MiG-29 Fulcrum an die kubanischen Luftstreitkräfte begonnen worden. Über die genaue Stückzahl und die spezifische Ausrüstung dieser Maschinen sollen noch keine verlässlichen Angaben vorhanden sein. Aus Washington verlautet, dass die Sowjetunion mit dieser Lieferung gegen kürzliche bilaterale Abmachungen verstosse, die im wesentlichen zur Stabilisierung dieser Region beitragen würden.

Allerdings muss berücksichtigt werden, dass die UdSSR diesen Flugzeugtyp vor allem auch für den Export entwickelt hat und gegenwärtig an Exportaufträgen, insbesondere auch zur Auslastung der eigenen Flugzeugindustrie, sehr interessiert ist. Die MiG-29 war in den vergangenen zwei Jahren regelmässig an den internationalen Luftfahrtausstellungen präsent und war dort durch seine vorzüglichen Flugleistungen und insbesondere auch durch den – im Vergleich zu analogen westlichen Typen – niederen Preis aufgefallen.

Wie in Kuba stehen heute in vielen anderen Ländern der Dritten Welt veraltete sowjetische MiG-21 Fishbed im Einsatz, die wenigstens teilweise in den nächsten Jahren ersetzt werden dürften. Bereits heute zeichnet sich deshalb ein gewisser Verkaufserfolg für die neuen MiG-29-Maschinen ab.

RCB

Die sowjetische Flotte im Mittelmeer (Eine Beurteilung aus italienischer Sicht)

Im Rahmen ihrer Expansion Richtung Süden haben schon die russischen Zaren immer wieder das Ziel verfolgt, am Mittelmeer Fuss zu fassen. Nach dem 2. Weltkrieg tauchten 1956 erstmals sowjetische Marinekräfte im Mittelmeerbecken auf, die den jugoslawischen und albanischen Häfen Freundschaftsbesuche abstateteten.

Der Hauptgrund für die heutige sowjetische Präsenz im Mittelmeer liegt darin, dass man möglichen Operationen der 6. US-Flotte begegnen will. Dieses Risiko ist mit der Einführung von Lenk Waffen und dem vergrösserten Einsatzbereich der Flugzeuge auf den Flugzeugträgern gegen den «Südöstlichen Kriegsschauplatz» gestiegen. Ausserdem können so militärische Anstrengungen der Mittelmeer- und Mittelost-Staaten im Zuge der Entkolonialisierung besser unterstützt werden.

In Krisenzeiten (zum Beispiel während des Sechstagekrieges 1967 und dem Yom-Kippur-Krieg 1973) nahm die Zahl der sowjetischen Einheiten im Mittelmeer signifikant zu: Seit Beginn der 70er Jahre umfasst SOVMEDRON ungefähr 50 Schiffe, wovon 7 Angriffs-U-Boote, 2 Raketenkreuzer, 12 Kreuzer/Zerstörer/Fregatten, 3 Minensuchboote, 3 Landungsschiffe sowie rund 25 weitere Unterstützungs-, Nachschub-, Nachrichten-

Beschaffungs- und Überwachungsschiffe.

In der Luft wird dieser Verband durch Aufklärungsflugzeuge, die ab libyschen und syrischen Flugplätzen operieren, unterstützt. Von Zeit zu Zeit stossen Helikopterträger der Moskva-Klasse und Flugzeugträger der Kiev-Klasse hinzu.

Für die Versorgung und den Unterhalt der sowjetischen Flotte im Mittelmeer gab es nach dem Verlust der Stützpunkte in Ägypten (1972) Probleme. Seither kann nur der syrische Hafen Tartus benutzt werden, wo Unterwasserschiffe und der Hauptharst der Hilfschiffe inkl. ein Schwimmdock stehen. Für grössere Unterwasserarbeiten wird die Werft von Tivat in Jugoslawien benutzt.

Um dem erwähnten Nachteil zu begegnen, errichtete die Sowjetflotte eine Anzahl Stützpunkte zur See in internationalen Gewässern. Diese befinden sich in der Nähe verschiedener «Passages obligés»: – Golf von Sollum (Grenze Ägypten/Libyen), als Standort der wichtigsten Überwasserschiffe; er gewährt eine gute Kontrolle des östlichen Mittelmeerbeckens, das als Operationsbasis für Angriffe gegen die UdSSR dienen könnte.

– Bei der Insel Kythera (Griechenland), als Standort der Hauptmasse der Versorgungs- und Nachschubschiffe.

– Im Golf von Hammamet (auf der Höhe der Strasse von Sizilien), wo die Ost-West-Handelsroute durchführt. Dieser vor Unwettern gut geschützte Platz ist der Hauptstützpunkt für Unterwasser-einheiten.

– In der Alboransee (westlich Melilla, Marokko), von wo aus die Strasse von Gibraltar gut überwacht werden kann.

Die sowjetischen Angriffs-U-Boote im Mittelmeer gehören den Klassen Victor (mit Nuklearantrieb) und Foxtrot (dieselelektrisch) an. Sie sollen im Kriegsfall US-Flugzeugträger bekämpfen und die Handelsroute Gibraltar-Suezkanal unterbrechen.

Hauptbestandteil der Überwasserflotte der UdSSR im Mittelmeer sind Zerstörer und Fregatten der Klasse Kashin und Krivak, zeitweise auch Kara und Kresta II. Ihre Hauptbewaffnung sind Flak- und Schiffsabwehr-Lenk Waffen. Unter den Lenk Waffen finden wir die veralteten SS-N-3 Shaddock (250 km Reichweite). Besser sind die

Lenk Waffen neuerer Schiffe, zum Beispiel die SS-N-12 Sandbox (Reichweite 300 km), die entweder mit Nuklear- oder auch HE-Gefechtsköpfen versehen sind.

Als Alternativen kommen modernere Schiffe in Frage (zum Beispiel der Sovremenny-Klasse), die jedoch mit Vorliebe im Nordmeer oder im Pazifik eingesetzt werden, oder V/STOL-Flugzeuge Yak-36 Forger mit ihren Luft-Boden-Lenk Waffen.

Die sowjetische Eskadra im Mittelmeer verfügt auch über U-Boot-Bekämpfungswaffen (SS-N-14 Silex, Reichweite 30 Meilen). Diese setzen aber ein gut funktionierendes U-Boot-Ortungssystem voraus, was ein schwieriges Unterfangen ist.

Die Bedrohung aus der Luft ist für SOVMEDRON am grössten, da die NATO verschiedene Angriffsmittel in dieser Region einsetzen kann.

Was die Handelsschiffsrouten Gibraltar-Suez angeht, so müsste die sowjetische Flotte im Mittelmeer bei einer Unterbrechungsaktion bestimmt verstärkt werden: Dies müsste via Engnisse geschehen, die die NATO kontrolliert. Die sowjetische Marine könnte jedoch mit dem Einsatz von Seeminen grössere Hindernisse errichten, da viele derartige Kampfmittel in der UdSSR lagern und ihr Einsatz vielfältig und problemlos ist.

Da insgesamt betrachtet die erwähnten Einsatzmöglichkeiten der sowjetischen Mittelmeerflotte über längere Zeiträume ziemlich beschränkt sind, könnte eventuell ein Präventivschlag im Vordergrund stehen, der allerdings zu einer Eskalierung führen würde. Die Rolle der sowjetischen Mittelmeereskadra muss nämlich auch mit dem politisch-strategischen Eindringen in ein Gebiet in Verbindung gebracht werden, wobei die Flotte die Bande zu einigen Mittelmeer-Anrainerstaaten festigen soll, um dort Seestützpunkte betreiben zu können. Die Tendenz zur Instabilität einiger Mittelmeeranränder wirkt sich zugunsten der UdSSR aus. Die sowjetische Eskadra im Mittelmeer trägt letztlich dazu bei, die Strategien zur Erhaltung der NATO-Südflanke zu behindern. Bt

(Aus Panorama Difesa Nr. 1/90)